

Standpunkt: Das Gesetz zum Schutz des legalen Waffenhandels: Fakten und Politik¹

Von [David Kopel](#)

[Reason Magazine](#), The Volokh Conspiracy | 24. Mai 2016

Hillary Clinton hat Bernie Sanders dafür gegeißelt, dass er für ein Bundesgesetz gestimmt hat, das ihrer Meinung nach den Herstellern von Feuerwaffen „absolute Immunität“ gewährt. Laut der Nachrichtendatenbank von Westlaw hat sie diese Behauptung am 15. Mai aufgestellt (der Guardian berichtete am 16. Mai darüber); kurz vor den Vorwahlen in Wisconsin am 5. April (der Guardian berichtete am 29. März darüber); bei der Debatte am 6. März in Flint (Michigan); bei „Face the Nation“ am 10. Januar sowie bei der ABC-Debatte in New Hampshire am 19. Dezember 2015.

Ihre Behauptungen dürften den Kurzwaffenhersteller Taurus überraschen, der sich [bereit erklärt hat](#), bis zu 30 Millionen Dollar (plus 9 Millionen Dollar an Anwaltskosten) zu zahlen, um eine Sammelklage wegen angeblich fehlerhafter Taurus-Kurzwaffen beizulegen. In der Sammelklage *Carter v. Forjas Taurus, S.A.* wird behauptet, dass sich bei einigen Taurus-Modellen ein Schuss lösen kann, wenn man sie versehentlich fallen lässt. Das US-Berzirksgericht für den südlichen Bezirk von Florida hat für den 18. Juli eine Anhörung wegen des vorgeschlagenen abschließenden Vergleichs in der Sammelklage angesetzt. In dem Vergleich erkennt Taurus die Tatsachenbehauptungen der Kläger nicht an. Weitere Informationen über den Fall, einschließlich der verschiedenen Waffenmodelle und der verschiedenen Modalitäten für die Sammelkläger, gibt es [hier](#).

Als Absolventin der Yale Law School [juristische Fakultät der Universität Yale], die dem Senat angehörte und [dort] gegen das vorgeschlagene Gesetz stimmte, dürfte Clinton den Inhalt des Gesetzes kennen. Es ist schwer zu verstehen, warum sie weiterhin ungenaue Behauptungen in Bezug auf „absolute Immunität“ aufstellt. In diesem Beitrag werde ich beschreiben, was das Gesetz tatsächlich beinhaltet und welche Gründe zu seiner Verabschiedung geführt haben.

Verabschiedung: Das Gesetz zum Schutz des rechtmäßigen Waffenhandels (Protection of Lawful Commerce in Arms Act, PLCAA) wurde im Oktober 2005 vom US-Repräsentantenhaus parteiübergreifend mit 283 zu 144 Stimmen verabschiedet. Das Gesetz hatte den Senat im Juli mit 65 zu 31 Stimmen passiert. Die Demokraten im Senat, die dafür stimmten, waren Baucus, Dorgan, Jeffords, Kohl, Landrieu, Lincoln, Nelson (Nebraska), Pryor, Reid, Rockefeller, Salazar und Warner (Cong. Rec. Page S9396). Der Minderheitenführer im Senat, Harry Reid (Demokrat, Nevada), spielte eine wichtige Rolle bei der Verabschie-

¹ Alle Fußnoten und Bemerkungen in eckigen Klammern [] stammen vom Übersetzer.

derung des Gesetzes. Bernie Sanders war zu dieser Zeit US-Abgeordneter und unterstützte das Gesetz.

Ähnliche Gesetze in den Bundesstaaten: Als das PLCAA erlassen wurde, gab es in 34 Bundesstaaten ähnliche Gesetze. Die einzelstaatlichen Gesetze sind nicht notwendigerweise exakte Duplikate der Bundesgesetze. Colorado sieht beispielsweise vor, dass Kläger die Anwaltsgebühren erstatten müssen, wenn sie durch ihren Prozess das Gesetz von Colorado verletzen. Im Jahr 2015 wurden zwei Klägern, die Mitarbeiter des Brady Centers waren und von der Kanzlei Arnold & Porter vertreten wurden, 200.000 US-Dollar an Gebühren auferlegt.

Hintergrund aus den 1980er Jahren: Es ist kein Geheimnis, dass Organisationen, die Waffen verbieten wollen, frustriert sind, weil sie die meisten gesetzgebenden Organe nicht davon überzeugen können, ihre Ziele zu verwirklichen. Daher haben sie sich an die Gerichte gewandt, um zu versuchen, de facto Verbote zu schaffen. Die erste Runde begann in den 1980er Jahren, als in Klagen behauptet wurde, dass einige ordnungsgemäß funktionierende Kurzwaffen im Sinne des Produkthaftungsrechts „fehlerhaft konstruiert“ seien. Bei allen Klagen ging es darum, die bestehenden Grenzen der Produkthaftung zu überschreiten. Die Produkthaftungsklagen veranlassten viele Staaten, Gesetze zu erlassen, die Produkthaftungsklagen gegen Hersteller und Einzelhändler von ordnungsgemäß funktionierenden Feuerwaffen verbieten.

Die einzige Klage dieser Art, die Erfolg hatte, war in Maryland, wo das Berufungsgericht (das höchste Gericht des Staates) einer Klage gegen Hersteller von „Saturday Night Specials“ [das sind extrem billige Kurzwaffen, Anm. d. Übers.] stattgab. Die Legislative von Maryland änderte unverzüglich das Produkthaftungsgesetz, um solche Klagen auszuschließen, schuf aber auch einen „Ausschuss für Kurzwaffen“, der den Verkauf neuer Waffenmodelle in Maryland genehmigen sollte. Das Gremium war oft nicht funktionsfähig, träge und nicht beschlussfähig und hatte dazu gedient, den Verkauf neuer Kurzwaffenmodelle in Maryland zu behindern.

Hintergrund aus der Zeit der Jahrhundertwende: Im Jahr 1998 wandte sich der Anwalt von Handgun Control Inc., Dennis Henigan, an die Anwälte, die gegen die Tabakindustrie geklagt hatten.² Sie sollten nun die Feuerwaffenindustrie verklagen. (Handgun Control war früher unter dem Namen National Council to Control Handguns bekannt und ist heute unter dem Namen Brady Campaign bekannt). Es war ein brillanter und kühner Schachzug, der HCI beinahe die Siege gebracht hätte, die ihr in den gesetzgebenden Institutionen lange verweigert worden waren.

Henigan hatte eine Wirtschaftskanzlei verlassen, um sich HCI anzuschließen und seine Vision einer Sozialreform zu verfolgen. Meiner Meinung nach war er der brillianteste Anti-Waffen-Anwalt aller Zeiten. Unter anderem schuf er im Zusammenhang mit dem Second

² Die amerikanische Tabakindustrie wurde durch diese Klagen schwer getroffen. 1998 wurde in einem Vergleich eine Zahlung von 200 Milliarden USD an die Kläger vereinbart. Näheres [hier](#).

Amendment die Theorie vom „engen individuellen Recht“, die später von dem Historiker Saul Cornell breiteren Kreisen vermittelt wurde und im Fall District of Columbia v. Heller (2008) vier [Richter-]Stimmen [von 9] am Obersten Gerichtshof erhielt.

Henigan brachte mehrere Dutzend Bürgermeister von Großstädten zusammen, um innovative Klagen gegen Hersteller von Kurz Waffen einzureichen. Wie der damalige Bürgermeister von Philadelphia, Ed Rendell, erläuterte, wurden die Klagen sorgfältig strukturiert, um den Herstellern größtmögliche Prozessnachteile zu beschere n. Die verschiedenen Klagen wurden so strukturiert, dass sie nicht zusammengelegt werden konnten, was die Prozesskosten gesenkt hätte. Insbesondere richteten sich die Kläger nur gegen Hersteller von Kurz Waffen, nicht aber gegen Hersteller von Langwaffen oder Munition, von denen einige erheblich mehr Geld für Prozesskosten zur Verfügung haben. Die in den Klagen geltend gemachten Ansprüche waren sehr unterschiedlich; soweit noch verfügbar, wurde auf die Produkthaftung zurückgegriffen, aber andere Ansprüche bezogen sich auf neuartige Theorien der Fahrlässigkeit oder der „besonders gefährlichen Tätigkeit“. Nach der letztgenannten Theorie sind einige Tätigkeiten, wie z.B. Sprengungen mit Dynamit, von Natur aus so gefährlich, dass eine absolute Haftung auferlegt wird; wenn man also durch eine Dynamitexplosion verletzt wird, kann man den Sprengmeister verklagen, selbst wenn dieser alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen hat. Bisher gab es keinen Präzedenzfall, der solche Klagen gegen Hersteller oder Händler von Dynamit zuließ; die „äußerst gefährliche Tätigkeit“ war die Verwendung von Dynamit, nicht seine Herstellung oder sein Verkauf. Die HCI-Klagen gingen noch weiter und besagten, dass auch die Herstellung und der rechtmäßige Verkauf von Kurz Waffen äußerst gefährlich sein könnten.

Keine der von den Bürgermeistern eingereichten Klagen führte zu einem Urteil zugunsten der Kläger, und viele wurden bereits in einem frühen Stadium abgewiesen. Dennoch war die Verteidigung gegen die zahlreichen Klagen recht kostspielig. Der Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung von Präsident Bill Clinton, Andrew Cuomo, veranlasste Dutzende von lokalen Wohnungsbaubehörden, ihre eigenen Klagen einzureichen.

Im Jahr 2000 kapitulierte Smith & Wesson unter dem Druck seines damaligen Eigentümers, eines britischen Mischkonzerns. Einen Moment lang sah es so aus, als ob andere Hersteller sich dem anschließen würden. Letztendlich entschieden sie, dass die Kapitulationsbedingungen zu hart waren. Neben einem drakonischen Verhaltenskodex verlangte HCI, dass die Hersteller die ständige Kontrolle über ihren Betrieb an einen Ausschuss abtreten, der von Waffengegnern dominiert wurde. Die unmittelbare und starke Gegenreaktion der Verbraucher gegen Smith & Wesson trug wahrscheinlich auch zu den Entscheidungen der anderen Hersteller bei.

Smith & Wesson wurde später aus dem Konglomerat ausgegliedert und ist wieder in amerikanischer Hand; die Kapitulationsvereinbarung wurde nie von einem Gericht in Kraft gesetzt. Einzelheiten zu der geplanten Vereinbarung sind in [Beiträgen](#) enthalten, die ich für National Review Online geschrieben habe.

Die Bestimmungen des Protection of Lawful Commerce in Arms Act: Der PLCAA, kodifiziert in 15 U.S.C. §§ 7901-7903, verbietet einige Klagen gegen Hersteller, Großhändler, Einzelhändler und Handelsverbände für Feuerwaffen, Munition oder Komponenten. Die einzigen Klagen, die untersagt sind, betreffen Schäden, die „aus dem kriminellen oder rechtswidrigen Missbrauch“ der Produkte resultieren. Das PLCAA greift ausdrücklich nicht in Klagen ein, die sich auf Garantieverletzungen, Vertragsverletzungen oder echte Konstruktions- oder Herstellungsfehler stützen. Klagen wegen Sachmängeln können nicht erhoben werden, wenn die angebliche Verletzung auf eine „vorsätzliche Handlung eines Dritten, die eine Straftat darstellt“, zurückzuführen ist.

Das PLCAA lässt unter bestimmten Umständen Schadensersatzklagen zu, die aus den Handlungen eines kriminellen Dritten resultieren:

- Wenn der Veräußerer (z. B. das Einzelhandelsgeschäft) wegen eines Verstoßes gegen 18 U.S.C. 922(u) oder eines vergleichbaren Gesetzes eines Bundesstaates verurteilt wurde, das die unrechtmäßige Verbringung einer Feuerwaffe aus den Räumlichkeiten eines Geschäfts verbietet (z. B. die Übergabe einer Waffe an einen Käufer, der die vorgeschriebene Zuverlässigkeitsüberprüfung nicht bestanden hat).
- Fahrlässiges Anvertrauen oder Fahrlässigkeit per se. Ähnlich wie die Übergabe von Autoschlüsseln an eine Person, die offensichtlich betrunken ist. Man kann einer Person, die unter Alkoholeinfluss steht, keine Waffe verkaufen.
- Immer wenn der Verkäufer gegen das Gesetz im Hinblick auf den Verkauf des Produkts verstoßen hat, z. B. durch wissentlich falsche Eintragungen in den Geschäftsbüchern, oder wenn er das Produkt an eine Person veräußert hat, von der er vernünftigerweise annehmen konnte, dass ihr der Besitz des Produkts gesetzlich verboten war.

Der PLCAA verdrängt in den oben genannten Fällen nicht die Regeln für unerlaubte Handlungen nach dem Gewohnheitsrecht [common law]; ein Kläger müsste nachweisen, dass der Verstoß eine „unmittelbare Ursache“ für den Schaden des Klägers war.

Rechtsstreitigkeiten nach dem Inkrafttreten des PLCAA: Keine der Klagen gegen den PLCAA oder seine bundesstaatlichen Entsprechungen waren erfolgreich. Klagen, die der PLCAA zulässt, wurden eingereicht, und einige waren erfolgreich. So wurde beispielsweise eine Klage gegen Badger Guns in Milwaukee, die auf den angeblich unzulässigen Verkaufspraktiken der früheren Eigentümer beruhte, im Dezember 2015 [für 1 Million Dollar durch einen Vergleich beendet](#). Die Kläger hatten im Oktober ein Geschworenengerichtsurteil erlangt, und der Vergleich führte dazu, dass keine Berufung eingelegt wurde.

Vergleichbare Gesetze für andere Branchen: Obwohl die Gegner des PLCAA behaupten, dass sein Schutz einzigartig ist, erlassen die Gesetzgeber häufig branchenspezifische Gesetze, um Probleme zu lösen, die durch Schadensersatzklagen gegen diese Branche verursacht werden. So verbietet beispielsweise ein Bundesgesetz alle Schadensersatzklagen gegen Impfstoffhersteller. Ebenso verbietet ein Gesetz in Colorado Klagen gegen Ski-

gebiete wegen Gefahren, die mit dem Skifahren typischerweise verbunden sind (z.B. der Zusammenstoß mit einem Baum). In dem Maße, in dem Verbotinitiativen das Deliktsrecht gegen eine Branche missbrauchen – insbesondere gegen eine Branche, die Produkte anbietet, die für die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts erforderlich sind – ist manchmal ein Eingreifen des Gesetzgebers erforderlich.

Auswirkungen auf die nationale Verteidigung: Als der PLCAA im Kongress behandelt wurde, erklärte das Verteidigungsministerium, dass es [S. 397](#) [das Kürzel für den PLCAA im US-Senat] „nachdrücklich unterstützt“, weil der Gesetzentwurf „zum Schutz unserer nationalen Sicherheit beitragen wird, indem er unnötige Klagen gegen eine Industrie begrenzt, die bei der Ausrüstung unserer Männer und Frauen in Uniform eine entscheidende Rolle spielt“.

Internationale Auswirkungen: 2011 beauftragte die mexikanische Regierung einen Anwalt mit der Begutachtung einer möglichen [Klage der mexikanischen Regierung](#) gegen US-Hersteller von Feuerwaffen. Es ist möglich, dass der PLCAA bei der Entscheidung der Mexikaner, die Klage nicht einzuleiten, eine Rolle gespielt hat.

Der amerikanische Originalartikel mit dem Titel „**The Protection of Lawful Commerce in Arms Act: Facts and policy**“ kann hier abgerufen werden:

<https://www.washingtonpost.com/news/volokh-conspiracy/wp/2016/05/24/the-protection-of-lawful-commerce-in-arms-act-facts-and-policy/>

und hier: <https://www.nraila.org/articles/20160525/the-protection-of-lawful-commerce-in-arms-act-facts-and-policy-1>

und hier: <https://reason.com/volokh/2016/05/24/the-protection-of-lawful-comme/>